

Protokoll
des Workshops zum Thema „Wirtschaft“
am Montag, den 19. April 2010, 10.30 bis 16.30 Uhr
im Wissenschaftszentrum Bonn

Anwesende

Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger
emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen

Dr. Dirk Dohse
Forschungsbereichsleiter Wissensakkumulation und Wachstum am Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

Prof. Dr. Hans Nutzinger
Leiter des Fachgebiets Theorie öffentlicher und privater Unternehmen an der Universität Kassel

Prof. Dr. Ingrid Ott
Professorin für Volkswirtschaftslehre, Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Karlsruher Institut für Technologie KIT

PD Dr. Niko Paech
Projektleiter GEKKO - Gebäude, Klimaschutz und Kommunikation, Fakultät II Lehrstuhl für Produktion und Umwelt, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Prof. Dr. Jürgen von Hagen
Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Bonn

Klaus Wiegandt
Stifter und Vorstand der Stiftung Forum für Verantwortung, Bildungsinitiative "Mut zur Nachhaltigkeit", Seeheim-Jugenheim

vom Denkwerk Zukunft

Meinhard Miegel
Vorstandsvorsitzender, Bonn (Moderation)

Stefanie Wahl
Geschäftsführung, Bonn

Martin Schulte
Wissenschaftler, Bonn (Protokoll)

Elias Butzmann
Wissenschaftler, Bonn

Diskussion

Ist es denkbar, dass eine Wirtschaft – z.B. gemessen am BIP – wächst, der materielle Wohlstand der Bevölkerung aber stagniert oder sinkt?

Nach Ansicht der Teilnehmer trifft diese Entwicklung auf einige früh industrialisierte Länder – namentlich auch Deutschland – bereits zu. Als mögliche Ursachen hierfür werden genannt, dass:

- sich der mit dem BIP steigende materielle Wohlstand auf immer weniger Menschen konzentriert, also wenige immer reicher und viele immer ärmer werden.
- immer mehr Dienstleistungen und Güter, die zuvor in Eigenarbeit, ehrenamtlich, schwarz oder durch die öffentliche Hand (Staatssektor wird mit Inputs bewertet, erbracht wurden, über den Markt abgewickelt werden. Dies erhöht das BIP, ohne dass notwendigerweise mehr Güter und Dienste produziert werden.
- aufgrund des wachsenden Kapitalstocks der Wirtschaft immer mehr Investitionen für dessen Erhalt benötigt werden (Abschreibungen) – das Inlandsprodukt also brutto steigt, aber netto stagniert oder sinkt.
- ein wachsender Teil der wirtschaftlichen Aktivität dazu dient, ökologische und soziale Schäden des Wirtschaftswachstums zu beseitigen bzw. zu vermeiden und deswegen immer weniger Güter und Dienste für den individuellen Konsum zur Verfügung stehen.

Offene Frage: Nicht abschließend geklärt werden konnte, inwieweit die steigenden Kosten der Schadensbegrenzung über steigende Preise das reale BIP senken. Dann würde mit dem materiellen Wohlstand auch das BIP sinken und es käme nicht zu einer Entkopplung von wirtschaftlicher Entwicklung und materiellem Wohlstand. Hier besteht Forschungsbedarf.

Was bedeutet stagnierendes bzw. sinkendes Wirtschaftswachstum für westliche Marktwirtschaften? Ist diese Wirtschaftsordnung ohne Wachstum überhaupt funktionsfähig?

Die westlichen Marktwirtschaften sind anderen Wirtschaftsformen überlegen. Allerdings stehen sie vor einem Dilemma: Sie müssen wachsen, um zu funktionieren, wodurch sie aber langfristig ihre gesellschaftlichen und natürlichen Existenzgrundlagen gefährden.

Marktwirtschaft ist alternativlos

Grundsätzlich halten die Teilnehmer die Marktwirtschaft für alternativlos. Alle anderen Wirtschaftsordnungen – egal ob zentrale Planwirtschaften, Zunftsysteme oder kleine, relativ autarke (Subsistenz-)Wirtschaften – sind verglichen mit ihr entweder ineffizient und/oder senken das materielle Wohlstandsniveau und/oder führen zu extrem ungleichen Lebensverhältnissen. Auch viele immaterielle Werte – wie Gesundheit und Bildung – können diese nicht oder nur eingeschränkt gewährleisten.

Marktwirtschaft steht unter Wachstumszwang

Vieles spricht dafür, dass die westlichen Marktwirtschaften in ihrer gegenwärtigen Form nur unter expansiven Bedingungen existieren können. Ohne Wachstum erodieren ihre Grundlagen:

- Leistungsanreize und Möglichkeiten des sozialen Ausgleichs schwinden

Damit der Markt effiziente Ergebnisse zeitigt, müssen die Marktteilnehmer aus ihrer wirtschaftlichen Aktivität materielle Vorteile erzielen. Solange die Wirtschaft wächst, muss hierfür kein anderer Marktteilnehmer schlechter gestellt werden (Positivsummenspiel). In einer stagnierenden Wirtschaft hingegen sind die Gewinne des einen oftmals die Verluste des anderen (Nullsummenspiel). Langfristig würde diese Entwicklung zu extremer Ungleichheit und instabilen sozialen Lebensbedingungen führen. Soll dies vermieden werden, müssen die „Verlierer“ einen Ausgleich erhalten. Dass aber hieße, den Status Quo ante (mehr oder weniger) wieder herzustellen. Hierdurch entfielen Anreize für Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft, Innovation oder um überhaupt auf dem Markt aktiv zu sein ().

- Kapitalversorgung ist nicht gewährleistet (Zinsproblem)

Leistungsstarke Marktwirtschaften sind auf Kapital angewiesen. Da jede Investition scheitern kann, verlangen Kapitalgeber einen Risikoausgleich in Form von Zinsen, Dividenden, Gewinnbeteiligungen etc. Damit ein Unternehmen das geliehene Kapital plus Zinsen zurückzahlen kann, muss es wachsen. In einer stagnierenden oder schrumpfenden Wirtschaft sind hierzu aber immer weniger Unternehmen in der Lage. Folglich werden auch immer weniger Investoren bereit sein, Kapital zu Verfügung zu stellen. Dies würde in eine Abwärtsspirale münden, an deren Ende der Zusammenbruch der Wirtschaft stünde. Um das Risiko des Kapitaleinsatzes abzudecken, ist also zumindest ein geringes globales Wirtschaftswachstum unerlässlich.

Unbegrenzttes physisches Wachstum nicht möglich

Allerdings ist fraglich, ob dauerhaftes physisches Wachstum in einer endlichen Welt möglich ist. Jede wirtschaftliche Aktivität verbraucht Ressourcen. Zwar sinkt durch technisch-organisatorische Verbesserungen und die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors der Materialeinsatz je produzierter BIP-Einheit. Da zugleich aber das BIP insgesamt steigt, nehmen absoluter Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen weiter zu (Rebound-Effekt). Diese steigen lediglich langsamer als das reale BIP (relative Entkopplung).

Dass Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum auf Grundlage innovativer Durchbrüche auch absolut entkoppelt werden können, ist zumindest auf absehbare Zeit unwahrscheinlich. Aufgrund des materiellen Aufholbedarfs von weltweit mehreren Milliarden Menschen und weiteren globalen Bevölkerungswachstums dürfte der Rebound-Effekt auch weiterhin alle Effizientsteigerungen zunichte machen.

Hieraus folgt, dass die westlichen Marktwirtschaften künftig mit deutlich weniger oder sogar ohne Wachstum funktionsfähig bleiben müssen. Nur so können bei endlichen natürlichen Ressourcen die Lebensbedingungen der Menschen in anderen Teilen der Welt verbessert werden.

Wie kann die Funktionsfähigkeit westlicher Marktwirtschaften bei geringem, stagnierendem oder sogar rückläufigem Wachstum aufrechterhalten werden?

Folgende Vorschläge werden diskutiert:

Wirtschaftswachstum vom Wachstum des materiellen Wohlstands entkoppeln

Stimmt die eingangs formulierte These, dass der materielle Wohlstand schrumpft, die Wirtschaft aber weiter wächst, wenn ein immer größerer Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten dazu genutzt wird, soziale und ökologische Schäden zu beseitigen bzw. zu vermeiden, würde dies nicht nur Ressourcen und Umwelt schonen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, sondern gleichzeitig die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft erhalten. Allerdings würde die Kaufkraft der Einkommen – und damit der materielle Wohlstand der Bürger – stagnieren oder sinken.

Geld- und physische Kreisläufe entkoppeln

Durch eine Entkopplung von Geld- und physischen/realen Kreisläufen könnte weiteres Wachstum auf der Geldseite ein Anreiz für Kapitalgeber sein, zu investieren, obwohl die physische Wirtschaft nicht weiter wächst. Ob und wie eine Entkopplung möglich ist und welche Implikationen diese hätte, konnte nicht abschließend geklärt werden. Unter anderem ist unklar, welche Geldmenge hierfür zu betrachten ist und ob eine derartige „Geldwertillusion“ dauerhaft aufrecht erhalten werden kann?

Für die Möglichkeit einer Entkopplung spricht, dass bereits in den vergangenen Jahrzehnten die Geldmenge wesentlich stärker als die reale Gütermenge gestiegen ist. Ebenso sind infolge der aktuellen Finanzkrise monetäre Werte wesentlich stärker eingebrochen als die Realwirtschaft.

Allerdings handelt es sich hierbei nur um eine relative, nicht aber um eine absolute Entkopplung von monetären und realen Werten. Für eine absolute Entkopplung müssten alle, deren nominalen Einkommen und Vermögen steigen, weitgehend darauf verzichten, diese gegen Güter einzulösen. Dies war aber nicht der Fall. Vor der Krise haben die rasant steigenden Einkommen und Vermögen auch zu einer überdurchschnittlich steigenden Nachfrage nach Autos, Yachten, Fernreisen und damit einem höheren Ressourcenverbrauch geführt. In der Krise haben die Liquiditätssengpässe den Rückgang der Realwirtschaft beschleunigt. Wie die Finanzkrise zeigt, fördert die Verselbständigung der Geldwirtschaft zudem das Risiko erratischer Entwicklungen.

Mehrheitlich sind die Teilnehmer deshalb dafür, den Finanzsektor strenger zu regulieren und ihn wieder stärker an die Realwirtschaft anzubinden.

Neues Geldsystem einführen

Eine Möglichkeit der stärkeren Anbindung der Geld- an die Realwirtschaft ist das Konzept des Vollgeldes (oder 100-Prozent Geldes). Dabei hat nur die Zentralbank das Recht auf Geldschöpfung. Dies erleichtert die Steuerung des Geldmengenwachstums in Boom- und Krisenphasen und damit die Glättung des Konjunkturverlaufs. Auch dürfte dies den Wachstumszwang insgesamt dämpfen. Ferner könnte der Staat Zentralbankeinnahmen für die Sanierung seiner Haushalte oder für Investitionen zur Beseitigung sozialer und ökologischer Schäden verwenden.

Islamisches Geldwesen übernehmen

Die Übernahme des islamischen Geldsystems könnte die Notwendigkeit hoher Wachstumsraten begrenzen. Zwar verlangen auch hier Investoren einen Risikoausgleich in Form einer Gewinnbeteiligung. Anders als im Zinssystem muss der Schuldner aber nur zahlen, wenn er Gewinne macht. Aufgrund des höheren Verlustrisikos verlangen Gläubiger zwar höhere Risikoaufschläge, gleichzeitig neigen sie aber seltener dazu, große Risiken einzugehen bzw. sie prüfen genauer, wofür sie Geld bereitstellen. Auch gibt es keinen Zinseszins.

Erfolgsbeteiligungen ausbauen („Share Economy“)

Zur Glättung des Konjunkturverlaufs könnte zudem ein stärker auf Erfolgsbeteiligungen und flexiblen Komponenten beruhendes Entlohnungssystem beitragen (beispielsweise nach dem Konzept der „Share Economy“ von Martin Weitzman). Hierdurch könnten sich im Abschwung die Arbeitskosten schneller den sinkenden Unternehmensgewinnen anpassen und so Entlassungen vermieden werden. Dagegen spricht, dass erfolgsabhängige Boni im Finanzsektor als mitursächlich für die Wirtschaftskrise angesehen werden. Ob Erfolgsbeteiligungen Übertreibungen begünstigen oder stabilisierend wirken, hängt maßgeblich von ihrer Ausgestaltung ab. Bei einer Orientierung an langfristigen Erfolgskriterien und einer angemessenen Balance von Bonus- und Maluskomponenten dürfte ihr stabilisierender Effekt überwiegen.

Neue Unternehmensformen einführen

Die in westlichen Marktwirtschaften dominierende Form der Kapitalgesellschaften zwingt Unternehmen stärker zu Wachstum als andere Unternehmensformen wie Non-Profit-Unternehmen, Stiftungen, Genossenschaften oder Personengesellschaften. Letztere gilt es zu fördern. Sie sind für Kapitalgeber (Spender, Stifter, Genossenschaftler, Inhaber) wesentlich transparenter, wodurch die Risikoaufschläge sinken. Zudem steht nicht so sehr die kurzfristige Renditemaximierung, sondern eher der langfristige Bestand des Unternehmens im Vordergrund. Bestehende Kapitalgesellschaften sollten entsprechend reformiert werden. So könnten etwa Mindesthaltedauern oder beschränkte Laufzeiten für Aktien eine langsamere und nachhaltige Entwicklung begünstigen.

Externe Kosten internalisieren („wahre Preise“)

Die wesentlichen Treiber des Wirtschaftswachstums sind billige Energie und Rohstoffe. Diese werden dem Boden quasi kostenlos entzogen. Die Folgeschäden von Förderung und Verbrauch werden sozialisiert und auf künftige Generationen übertragen. Würden diese Kosten internalisiert, wären Rohstoffe erheblich teurer. Viele umweltschädliche, insbesondere globalisierte Produktionsprozesse würden sich betriebswirtschaftlich nicht mehr rechnen. Die Wirtschaft würde wesentlich effizienter, regionaler und arbeitsintensiver (da der Preis für Arbeit relativ sinkt) produzieren. Allerdings ginge dies mit sinkenden Realeinkommen einher. Möglichkeiten, externe Kosten zu internalisieren, sind neue Eigentumsverhältnisse (z.B. Rohstoffvorkommen vergesellschaften), Emissionshandelssysteme und/oder eine ökologische Steuerreform.

Je schneller die westlichen Industrieländer diese Systeme einführen, desto mehr Zeit bleibt, die Gewinne selbst abzuschöpfen und damit den Übergang zu einer weniger ressourcenintensiven Wirtschaft sozialverträglich zu gestalten. Warten sie damit, werden die Preise zeitverzögert, dann aber umso mehr steigen. Die Gewinne werden allerdings private Marktteilnehmer abschöpfen. Die globale wie innergesellschaftliche Ungleichheit stiege und die Chancen eines ökologisch und sozial nachhaltigen Umbaus würden verspielt.

Die internationale Diffusion von Wissen erleichtern

Ein Großteil der gegenwärtigen Umweltprobleme resultiert aus der zunehmenden Integration der Schwellenländer (nicht zuletzt China, Indien, Brasilien) in die internationale Arbeitsteilung. Da in diesen Ländern vielfach mit wenig umweltfreundlichen Technologien produziert wird, ist ein verbesserter Transfer von Wissen und „cutting-edge technologies“ aus den Industrieländern in die Schwellenländer unabdingbar. Zur Frage, wie dies institutionell durchsetzbar ist (Stichwort: Trade-related Intellectual Property Rights), besteht erheblicher Forschungsbedarf.

Dezentral wirtschaften

In westlichen Marktwirtschaften haben vor allem große, transnationale Industrieunternehmen einen hohen Kapitalbedarf. In einer stärker dezentral organisierten Marktwirtschaft würde der Kapitalbedarf vieler Unternehmen aufgrund der kürzeren Wertschöpfungskette sinken. Diese wären arbeitsintensiver. Die räumliche (und soziale) Nähe der Wirtschaftsakteure würde zudem zu mehr Transparenz und Vertrauen beitragen. Unter diesen Bedingungen könnten auch die Risikoaufschläge für entliehenes Kapital spürbar sinken oder sogar ganz entfallen. Insbesondere gilt dies für die genannten alternativen Unternehmensformen. Allerdings dürfte dies nur für kleine Summen zutreffen. Je größer die Summe ist, die verliehen wird, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass ein Risikoausgleich verlangt wird.

In dezentralen Wirtschaftsstrukturen könnten zudem viele Aufgaben außerhalb des Erwerbsprozesses informell für den Eigenbedarf selbst erbracht und/oder über Tauschbörsen unentgeltlich „gehandelt“ werden. Die Pro-Kopf-Erwerbsarbeitszeit würde deutlich sinken. In der Erwerbswirtschaft würden nur noch die Güter und Dienste produziert, für deren Herstellung viel Kapital, Wissen und/oder überregional arbeitsteilige Strukturen unerlässlich sind. Um den Kapitalbedarf zu decken, müssen dort auch entsprechende Renditen erwirtschaftet werden. Der Sektor wäre aber insgesamt kleiner und würde daher weniger Energie und Ressourcen verbrauchen. Allerdings würde auch der materielle Wohlstand der Bürger sinken. Hinzu käme, dass aufgrund der kleinteiligen Wirtschaft viele nutzbringende Innovationen wohl nie Realität würden.

Wohlstandsverständnis verbreitern (nachhaltige Lebensstile)

Fast alle genannten Lösungsvorschläge – insbesondere die Kosteninternalisierung und die dezentrale (Markt-)Wirtschaft – gehen mit einem sinkenden materiellen Lebensstandard der Menschen in den westlichen Industrieländern einher. Damit dies nicht zu sozialer Instabilität führt, setzt dies andere Lebensstile und ein verändertes Verständnis von Wohlstand voraus.

So könnten verlässliche soziale Beziehungen, Gesundheit, eine saubere Umwelt, eigene Fähigkeiten zu entwickeln, soziales Engagement, Freiheit, Bildungschancen, Sicherheit, Eigenarbeit und anderes mehr eine Kompensation für materielle Rückgänge sein. Insgesamt würden materielle Güter und materieller Status an Bedeutung verlieren. Insbesondere würde dies für so genannte „Non-Essentials“ gelten (jedes Jahr ein neues Handy).

Wann ein Gut essentiell ist und wann nicht, ist allerdings nicht immer leicht zu entscheiden. Wird dies kollektiv definiert, birgt dies das Risiko staatlicher Bevormundung. Wenn allerdings individuelle Konsumententscheidungen berechnete Interessen Dritter (Menschen in Entwicklungsländern, künftige Generationen) verletzen, dürfen demokratisch verfasste Gemeinwesen die Freiheitsrechte Einzelner beschneiden.

Alternative Wohlfahrtsmaße einführen

Um das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass neben materiellen auch immaterielle Werte für das Wohlbefinden bedeutsam sind und dass diese häufig durch Wirtschaftswachstum beschädigt werden (Überforderung, Stress, Unsicherheit etc.), sollte das BIP als dominierendes ökonomisches Wohlstandsmaß durch andere Indikatoren ergänzt werden (z.B. die Entwicklung des Pro-Kopf-Treibhausgasausstoßes als Nachhaltigkeitsmaß).